



## Bundeslandwirtschaftsministerium unterstützt Entwicklungsländer im Kampf gegen die Entwaldung

Bundeslandwirtschaftsministerium unterstützt Entwicklungsländer im Kampf gegen die Entwaldung  
Das Bundeslandwirtschaftsministerium und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit setzen ihre Kooperation im Kampf gegen die Entwaldung fort. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung wurde jetzt verlängert. Das Bundeslandwirtschaftsministerium stellt dabei jährlich drei Millionen Euro zur Verfügung, um Demonstrations- und Pilotprojekte internationaler Organisationen zu unterstützen. Dabei sollen Alternativen zu den gegenwärtigen teilweise waldvernichtenden Nutzungen entwickelt werden. Ziel ist es, in grenzüberschreitender Zusammenarbeit innovative Ansätze zur Förderung und Umsetzung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung zu schaffen. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die vom Wald abhängige örtliche Bevölkerung. Denn erst durch eine nachhaltige Nutzung des Waldes und die Teilhabe der Bevölkerung daran kann gewährleistet werden, dass der Wald nicht in profitablere Acker- oder Weidefläche umgewandelt wird. So wurden zum Beispiel in Liberia, auf den Philippinen und in Nicaragua umfassende Bestandsaufnahmen unter Beteiligung der Bevölkerung gefördert, um die Prioritäten bei der Umsetzung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung festzulegen. Ghana, Gabun und Kenia werden dabei unterstützt, genetische Informationen zu wichtigen gehandelten Tropenhölzern zu erheben und zu speichern, um die Kontrollen im Kampf gegen den illegalen Holzeinschlag zu verbessern. Das so genannte Verfahren des genetischen Fingerabdrucks beim Holz wird ebenfalls durch das BMELV gefördert. Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner betonte: "Die Auswirkungen der Abholzung sind in vielen Entwicklungsländern erschreckend. Die Folgen für Klima, Lebensgrundlagen und die Zukunftsperspektiven betreffen die gesamte Bevölkerung. Das habe ich auch auf meiner Reise in Äthiopien beobachten können. Hier ist dringender Handlungsbedarf geboten." Das Bundeslandwirtschaftsministerium fördert in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen bereits seit 2010 Projekte, die das Ziel haben, die Nutzung der Wälder weltweit auf eine nachhaltige Waldbewirtschaftung umzustellen. Die aktuell in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit geförderten Projekte werden in einer aktuellen Onlinebroschüre vorgestellt. Hintergrund  
Jahr für Jahr gehen durch menschlichen Einfluss rund 13 Millionen Hektar Wald verloren, vor allem in den artenreichen Tropen der Entwicklungs- und Schwellenländern. Ein Verlust von unschätzbarem Wert, denn Wälder können in Verbindung mit einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Waldbewirtschaftung maßgeblich zur zukunftsfähigen Entwicklung und zur Armutsbekämpfung beitragen. Die Bundesrepublik Deutschland zählt insbesondere mit ihrer Entwicklungszusammenarbeit weltweit zu den größten Unterstützern im Kampf gegen die Entwaldung. Die europäischen und insbesondere die deutschen Wälder sind im weltweiten Vergleich sehr gut aufgestellt. Deutschland alleine besitzt elf Millionen Hektar artenreiche und hochwertige Wälder. Der Wald ist in vielen Bereichen Lebensgrundlage - denn er ist wertvoller Wasserfilter, Kohlenstoffspeicher, Erholungsraum und Rohstofflieferant. In Deutschland wird der Wald seit 300 Jahren nach dem bewährten Prinzip der nachhaltigen Forstwirtschaft bewirtschaftet. In den letzten vier Jahrzehnten hat die Waldfläche in Deutschland um eine Million Hektar zugenommen. Dennoch sind die Wälder heute hierzulande wie andersorts in Europa großen Belastungen ausgesetzt. Klimawandel, Orkane, Waldbrände und Schadinsekten stellen eine große Herausforderung für die Erhaltung der Wälder dar. Gleichzeitig muss auch ein tragfähiger Ausgleich zwischen der Deckung des steigenden Holz- und Energiebedarfs aus den eigenen nachwachsenden Wäldern und der Forderung nach mehr Naturschutz gefunden werden - europaweit. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Wilhelmstraße 54 10117 Berlin Deutschland Telefon: 03 0 / 1 85 29 - 0 <br />Telefax: 03 0 / 1 85 29 - 42 62 <br />Mail: [poststelle@bmelv.bund.de](mailto:poststelle@bmelv.bund.de) <br />URL: <http://www.bml.de> <br />

### Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

[bml.de](http://bml.de)  
[poststelle@bmelv.bund.de](mailto:poststelle@bmelv.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

[bml.de](http://bml.de)  
[poststelle@bmelv.bund.de](mailto:poststelle@bmelv.bund.de)

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.